

Wahlen in Indien 2014: Mandat für den Wandel

Joachim Betz, Sandra Destradi und Daniel Neff

Am 26. Mai wird Narendra Modi zum neuen Premierminister Indiens ernannt. In einem überwältigenden Wahlsieg erreichte seine Partei, die Bharatiya Janata Party (BJP), die absolute Mehrheit in der Lok Sabha, dem Unterhaus des indischen Parlaments.

Analyse

Der Wahlsieg Modis ist ein deutliches Mandat für den Wandel. Die Wähler waren vor allem wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage und den zahlreichen Korruptionsskandalen unter der bisherigen, von der Kongresspartei geführten Regierung unzufrieden. Entsprechend hoch sind die Erwartungen an Modi und seine Regierung. Ob er den Erwartungen gerecht werden kann, bleibt abzuwarten.

- Modi erklärte im Wahlkampf, aus dem von ihm bisher regierten Bundesstaat Gujarat ein Modell für ganz Indien machen zu wollen. Trotz guter wirtschaftlicher Performanz schneidet Gujarat allerdings bei vielen sozialen Indikatoren relativ schlecht ab. Bisher sind im Wahlprogramm und in Modis Reden eher vage Aussagen über die konkrete Umsetzung von Wirtschaftsreformen zu finden.
- Sozialpolitisch ist eher zu erwarten, dass die neue Regierung bestehende, von der Kongresspartei initiierte Programme beibehalten wird.
- Außenpolitisch ist von einem gewissen Maß an Kontinuität auszugehen, aber Modi wird die Außenpolitik stärker der Außenwirtschaftspolitik unterwerfen. In Krisensituationen besteht die Gefahr, dass die Hardliner in Modis Umfeld Stärke demonstrieren wollen.
- Grundsätzlich wird die neue Regierung unter Modi handlungsfähiger sein, da sie durch ihre absolute Mehrheit nicht auf die Stimmen von Koalitionspartnern angewiesen – und damit weniger erpressbar – ist. Gleichzeitig gilt Modi, insbesondere im Vergleich zum scheidenden Premierminister Manmohan Singh, als besonders führungsstark.
- Es ist allerdings die Frage, ob sich Modi und die BJP auch gegenüber ihrem hinduradikalen Umfeld in hinreichender Weise durchsetzen können.

Schlagwörter: Indien, Parlamentswahlen, BJP, Narendra Modi

Die Wahlergebnisse

Indien hat gewählt – und sich eindeutig für den Wandel ausgesprochen. Die hindu-nationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) mit ihrem Spitzenkandidaten Narendra Modi hat allein eine absolute Mehrheit mit 282 von 543 Sitzen im Unterhaus des indischen Parlaments errungen. Die bisher regierende Kongresspartei (Indian National Congress, INC), die mit ihren Partnern in der Mitte-Links-Koalition United Progressive Alliance (UPA) zehn Jahre an der Regierung war, wurde so stark abgestraft, dass sie noch nicht einmal als Oppositionsführer dienen wird. Nicht nur die BJP, sondern auch andere Parteien der Mitte-Rechts-Koalition National Democratic Alliance (NDA), mit der sie sich zur Wahl stellte, konnten zahlreiche Sitze hinzugewinnen (siehe Tabelle 1). Die größten Zugewinne nach der BJP haben die Shivsena (+7 Sitze auf insgesamt 18 bei 20 Wahlbezirken) und die Telugu Desam Partei (+10 Sitze auf insgesamt 16 bei 30 Wahlbezirken). Die Verluste innerhalb der UPA beschränken sich hauptsächlich auf Sitzverluste der Kongresspartei. Insgesamt hat der INC 162 Sitze verloren und mit 44 Sitzen das schlechteste Ergebnis in seiner Geschichte eingefahren. Die UPA kommt daher nur noch auf 60 Sitze.

- der Biju Janata Dal unter Führung des Ministerpräsidenten aus Odisha, Naveen Patnaik,
- und die Parteien aus dem Bundesstaat Andhra Pradesh (Telangana Rashtra Samithi, YSR Congress Partei und der Telugu Desam Partei, die Teil der NDA ist).

Da der Bundesstaat Andhra Pradesh am 2. Juni 2014 in zwei Bundesstaaten geteilt wird (Telangana und Andhra Pradesh), wurden die dortigen Wahlen stark durch die regionale politische Situation beeinflusst.

Deutlich verloren haben dagegen die Samajwadi Party (-18 Sitze) unter Führung des Ministerpräsidenten von Uttar Pradesh, Akilesh Yadav, und die Jananta Dal United (-18 Sitze) unter Führung des Ministerpräsidenten von Bihar, Nitish Kumar – und das obwohl der Bundesstaat Bihar unter Nitish Kumar von einem einst hoffnungslosen Fall zu einem aufstrebenden Bundesstaat geworden ist.

Die BJP hat die Mehrzahl ihrer Wahlkreise im sogenannten Hindu-sprachigen Gürtel im Norden Indiens gewonnen (u.a. Uttar Pradesh, Madhya Pradesh, Jharkhand, Uttarakhand, Chattisgarh, Bihar, Rajasthan), die gleichzeitig auch mit die ärmsten und bevölkerungsreichsten Landesteile sind (Neff 2012). Insbesondere Uttar Pradesh war bisher das Stammland des INC. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2009 gewann der INC hier

Tabelle 1: Wahlergebnisse 2014 nach Koalitionen und Parteien

National Democratic Alliance (NDA)			United Progressive Alliance (UPA)			Andere Parteien (Auswahl)		
Partei	Sitze	Veränderung zu 2009	Partei	Sitze	Veränderung zu 2009	Partei	Sitze	Veränderung zu 2009
Bharatiya Janata Party	282	166	Indian National Congress	44	-162	All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam	37	19
Shivsena	18	7	Nationalist Congress Party	6	-3	All India Trinamool Congress	34	15
Telugu Desam Party	16	10	Rashtriya Janata Dal	4	4	Biju Janata Dal	20	6
Lok Janshakti Party	6	6	Indian Union Muslim League	2	0	Telangana Rashtra Samithi	11	9
Shiromani Akali Dal	4	0	Jharkhand Mukti Morcha	2	1	YSR Congress Party	9	9
Rashtriya Lok Samta Party	3	3	Kerala Congress (M)	1	0	Communist Party of India (Marxist)	9	-7
Apna Dal	2	2	Revolutionary Socialist Party	1	-1	Samajwadi Party	5	-18
All India N.R. Congress	1	1				Aam Aadmi Party	4	4
Naga Peoples Front	1	0				Janata Dal (United)	2	-18
National Peoples Party	1	1						
Pattali Makkal Katchi	1	1						
Swabhimani Paksha	1	1						
Gesamt	336	198		60	-161		94	0

Quelle: eigene Zusammenstellung nach Election Commission of India.

Hervorzuheben sind auch die vielen regionalen Parteien, die zum Teil deutlich zulegen konnten, wie

- der All India Trinamool Congress (AITC) unter Führung der Ministerpräsidentin Mamata Banerjee aus Westbengalen,
- die All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam (AIADMK) unter Führung der Ministerpräsidentin von Tamil Nadu, J. Jayalalithaa,

noch 21 der 80 Wahlbezirke, im Jahr 2014 fiel die Zahl auf ganze zwei Bezirke, unter anderem der Wahlbezirk Amethi, in dem Rahul Gandhi kandidierte. Im Süden und Osten des Landes dominieren dagegen regionale Parteien wie die AIADMK, die AITC, oder die BJT.

Rechtlicher und institutioneller Rahmen der Wahlen

Die Parlamentswahlen 2014 waren die größten Wahlen, die jemals weltweit organisiert wurden. Aufgrund der großen Anzahl an Wahlberechtigten und der logistischen Herausforderungen, die mit der Bereitstellung von Sicherheit sowie dem Transport und der Beaufsichtigung der 1,7 Millionen elektronischer Wahlmaschinen einhergehen, fand die Wahl in neun Phasen statt. Dadurch erstreckte sich der Prozess über mehrere Wochen, vom 7. April bis zum 12. Mai 2014.

Insgesamt waren 814 Millionen Inder über 18 Jahren zur Wahl aufgerufen. Das sind etwa 100 Millionen Personen mehr als bei den Parlamentswahlen 2009, das heißt der Wahlausgang ist maßgeblich durch junge Inder beeinflusst worden. Die Wahlbeteiligung war mit 66 Prozent um ca. 8 Prozentpunkte höher als noch im Jahr 2009 und markierte dabei einen Rekord für Indien. Bemerkenswert ist, dass die Wahlbeteiligung ärmerer Schichten in Indien seit Langem stets überproportional war, während die einstmals geringere Beteiligung der Frauen sich jener der Männer deutlich angenähert hat. Außerdem gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Bundesstaaten. So beteiligten sich in Bihar nur ca. 56 Prozent der Wahlberechtigten an der Wahl, in Westbengalen hingegen knapp 85 Prozent (ECI 2014).

Die Durchführung der Wahlen obliegt nach der Verfassung der Wahlkommission. Diese ist ein autonomes Verfassungsorgan und politisch weitgehend unabhängig. Die Kommission entscheidet über die Rechtmäßigkeit der Wahlen, über die Zulassung von Parteien und die Vergabe von Parteiensymbolen. Kommt es zu Problemen bei den Wahlen, kann die Kommission Nachwahlen in den betroffenen Wahlkreisen/Wahllokalen anordnen, was häufiger (auch dieses Mal) vorkam. Seit einem Urteil des Obersten Gerichtshofes aus dem Jahr 2002 sind Kandidaten angewiesen, gegenüber der Kommission Angaben zu ihrem Vermögen, ihrem Bildungsstand und gegen sie anhängige Strafverfahren zu machen; vor allem Letzteres versuchten die Parteien durch Verordnungen auszuhebeln, hatten damit aber keinen Erfolg (Sastry 2014).

Die Mitglieder des indischen Unterhauses werden nach relativer Mehrheit in Einerwahlkreisen bestimmt. Dieses Wahlrecht wurde von Großbritannien übernommen und sorgt unter normalen Umständen für das Zustandekommen eines mehr

oder weniger stabilen Zweiparteiensystems. Dies ist allerdings in Indien nicht der Fall, bedingt vor allem durch die relative Stärke einer beträchtlichen Zahl von Regionalparteien mit Konzentration von Hochburgen in meist nur einem Unionsstaat. Die Wahl nach relativer Mehrheit, die Vielzahl der konkurrierenden Parteien und die damit einhergehende Stimmenzersplitterung bringen es mit sich, dass manche Kandidaten mit einem eher moderaten Stimmanteil gewählt werden, mitunter nur mit einem Viertel der Gesamtstimmen. Das Mehrheitswahlrecht führt auch dazu, dass Stimmengewinne einer Partei sich in überproportionalen Gewinnen an Sitzen im Unterhaus niederschlagen, wie auch bei dieser Wahl. So hat die BJP mit 31 Prozent der Stimmen 52 Prozent der Sitze (282 Sitze) in der Lok Sabha gewonnen – der INC dagegen mit 19 Prozent der Stimmen nur 8 Prozent der Sitze (44 Sitze).

Die finanziellen Aufwendungen für die indischen Unterhauswahlen sind erheblich und in den letzten zwei Jahrzehnten geradezu explodiert. Der bei weitem kleinere Teil entfällt auf die staatlichen Ausgaben (im Wesentlichen zur Gewährleistung von Sicherheit), die sich bei dieser Wahl auf etwa 577 Mio. USD belaufen haben sollen. Der größere Teil der Kosten entfällt auf die Parteien und die Einzelkandidaten; diese sollen sich auf den astronomischen Betrag von 5 Mrd. USD addieren, die zweithöchsten Wahlkampfkosten weltweit nach denen der USA. Eine vollständige oder auch nur teilweise Erstattung der Wahlkampfkosten der Parteien bzw. eine staatliche Parteienfinanzierung, wiewohl schon verschiedentlich diskutiert, gibt es in Indien nicht. Der weit größere Teil der Wahlkampfkosten wird von den Kandidaten selbst bestritten, Zuschüsse der Parteien richten sich nach Bekanntheitsgrad des Kandidaten, seinen Siegesaussichten und seinem eigenen Vermögen. Die von der Wahlkommission festgesetzten Höchstaussgaben pro Kandidat und Wahlkreis betragen 7 Mio. INR in größeren und 5,4 Mio. INR in kleineren Unionsstaaten; sie sind trotz mehrfacher Anpassung nach oben immer noch absurd niedrig und werden deshalb in der Praxis deutlich überschritten. Die Ausgaben müssen zwar der Wahlkommission gemeldet werden, direkte Zuwendungen von Freunden und Sympathisanten werden aber nicht berücksichtigt und Kandidaten finden Mittel und Wege, um zu hohe Ausgaben zu verschleiern. Kurzum: Die tatsächlichen Ausgaben der Kandidaten liegen bis zum Zehnfachen über dem Limit. Klar wird damit, dass in Indien nur Kandidaten eine Chance ha-

ben, die genügend eigene Mittel mitbringen, über einen ausgedehnten und wohlhabenden Freundeskreis oder reiche Gönner verfügen oder fast vollständig von der Partei finanziert werden. Das Gros der Wahlkampfunterstützung entfällt auf Spenden von kleineren Geschäftsleuten und vor allem von Großunternehmen. Kandidaten werden von den Parteien demnach auch gemäß ihrer finanziellen Potenz ausgewählt (zusätzlich zu ethnischen und Kastengesichtspunkten) und müssen an diese auch sehr hohe Nominierungsgebühren abführen (Betz 2006). Dennoch drängeln sich zahlreiche Aspiranten um die Nominierung durch Wahlausschüsse bzw. das Zentralkomitee (bei den nationalen Parteien konkurrieren bis zu 30 Personen um einen Sitz). Die hohen Kampagnenvorschüsse tragen in erheblichem Maße zu Korruption und zur sogenannten Kriminalisierung der Politik bei. Auch bei den Kandidaten der diesmaligen Unterhauswahl waren gegen ein Fünftel ein oder mehrere Strafverfahren anhängig, zum Teil wegen gravierender Delikte (inklusive Mord, Totschlag und Vergewaltigung). Es gab verschiedene Anläufe, in niedrigen Instanzen strafrechtlich verurteilte Abgeordnete von der Wahrnehmung ihres Mandates auszuschließen, die am Widerstand aller großen Parteien scheiterten. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, denn solche Abgeordnete finden sich in allen Parteien, wobei der siegreichen BJP dieses Mal ein „Spitzenplatz“ zukam. Es bedarf der Erwähnung, dass solche Abgeordnete nicht etwa geringere, sondern im Durchschnitt höhere Wiederwahlchancen haben (Sastry 2014).

Die BJP und Narendra Modi

Die BJP ist Teil einer Familie von hindunationalen Organisationen, zu denen vor allem die Mutterorganisation, der nationale Freiwilligenverband (Rashtriya Swayamsevak Sangh, RSS)¹, der Welt-Hindurat (Vishwa Hindu Parishad, VHP), der radikale Jugendverband (Bajrang Dal) und eine parteinahe Gewerkschaft (BMS) gehören, alle mit millionenfacher Mitgliederzahl und mehr oder minder gleichlaufender volksgemeinschaftlicher Ideologie, derzufolge Indien ein Staat mit gemeinsamer Kultur und Nationalität ist. Für gesellschaftliche Diversität ist da wenig Platz, auch nicht für

Rücksichtnahme auf gesellschaftliche Minderheiten und deren Autonomiebestrebungen (Jaffrelot 1998). Die hindunationale Bewegung hatte sich schon im Jahr 1951 eine eigene, zunächst relativ glücklos agierende Partei zugelegt, die im Jahr 1980 durch die BJP ersetzt wurde. Sie ist vergleichsweise fest im Griff des RSS, mit dem alle wichtigen Personalentscheidungen abgesprochen wurden (auch bei der jetzigen Kabinettsbildung) und der auch den wichtigsten Parteisekretär in allen Unionsstaaten stellt, wiewohl stets beiderseitige Unabhängigkeit behauptet wird. Die BJP versuchte eine Partei anderen Typs zu sein, ist aber inzwischen wie alle anderen Parteien von Flügelskämpfen und Faktionismus befallen. Die herausgestellte interne Demokratie findet sich, wie bei den anderen indischen Parteien, nur in Ansätzen. Interne Auseinandersetzungen gab und gibt es vor allem bei der Durchsetzung einer hindunationalen Agenda, bei der die BJP in der Regierungszeit 1998-2004 zwangsläufig (nicht nur mit Blick auf die Koalitionspartner) zurückhaltender agieren musste als der VHP oder der RSS. Letzterer mahnte im vergangenen Wahlkampf bereits wieder die Umsetzung der hinduradikalen Lieblingsthemen (einheitliches Zivilrecht, Abschaffung der Autonomie von Kaschmir, Tempelbau in Ayodhya) an.

Narendra Modi, der designierte Premierminister, war seit dem Jahr 2001 Ministerpräsident des Bundesstaates Gujarat. Seine Regierung spielte dort eine unrühmliche Rolle bei den Pogromen gegen Muslime im Jahr 2002, die mit zumindest indirekter Ermutigung der Regierung vonstatten gingen, obwohl Modi selbst gerichtlich keine Beteiligung nachgewiesen werden konnte. Es wird sich erweisen, ob die Befürchtung der religiösen Minderheiten in Bezug auf eine von Modi geführte Regierung berechtigt sind. In seiner Amtszeit seit dem Jahr 2002 hat er sich außer verbalen Ausfälligkeiten gegen die muslimische Minderheit wenig zuschulden kommen lassen, nach der Wahl versprach er auch gleich, für alle Inder arbeiten und gegen keine Gruppe agieren zu wollen (*Economic Times* 2014). Seine Erfahrungen als Ministerpräsident Gujarats stellte Modi in den Mittelpunkt seiner Wahlkampagne, die stark auf das Versprechen von wirtschaftlichem Aufschwung und Entwicklung ausgerichtet war. Dabei erklärte er, die Erfolge aus seinem Bundesstaat Gujarat auf ganz Indien übertragen zu wollen. Zum Wahlerfolg der BJP trug auch die Selbstdarstellung Modis als „self made man“ niedriger Herkunft bei, der es vom Teeverkäufer zum

¹ Straff organisierter Verband mit paramilitärischer Organisation, dem Narendra Modi seit seiner Jugend angehört.

Ministerpräsidenten geschafft hat. Hinzu kam ein äußerst professionell geführter Wahlkampf, der sich massiv sozialer Medien bediente und die Mittelschicht sowie die große Gruppe der jungen und Erstwähler ansprach. Selbst moderate Vertreter der Mittelschichten, die Modi und seinen Beratern aus den hindunationalistischen Verbänden skeptisch gegenüber stehen, wählten schließlich die BJP, da diese am überzeugendsten einen deutlichen Wandel versprach.

Die Niederlage der Kongresspartei und ihrer Partner

Der Ausgang der Parlamentswahlen wurde entscheidend von der Unzufriedenheit mit der Bilanz der Kongresspartei bestimmt, die als stärkste Kraft der UPA in zwei Legislaturperioden die Regierung gebildet und mit Manmohan Singh den Premierminister gestellt hatte. Die meisten Beobachter sind sich darüber einig, dass im Wesentlichen drei Themen die Niederlage der Kongresspartei bestimmten: 1. Die starke Entschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums und damit die rückläufige Zunahme der Beschäftigung, 2. die anhaltend hohe Inflation insbesondere bei den Grundnahrungsmitteln und 3. die grassierende Korruption. Tatsächlich ist das wirtschaftliche Wachstum Indiens in der letzten Zeit stark eingebrochen und hat sich vom Höhepunkt im ersten Quartal 2010 (11,4 Prozent) bis zum letzten Quartal 2013 (4,4 Prozent) mehr als halbiert. Es stieg allerdings im ersten Quartal 2014 schon wieder auf 5,5 Prozent an. Festzuhalten bleibt, dass der rasante Abschwung schon deutlich vor der geldpolitischen Wende in den USA einsetzte, also im Wesentlichen auch hausgemachte Ursachen hatte. Katastrophal hatte sich vor allem die Industrie entwickelt (praktisch Nullwachstum seit dem Jahr 2011), während sich der Dienstleistungssektor hielt und die Landwirtschaft zuletzt wieder zulegte. Aber auch der Konsum brach ein, bedingt durch steigende Inflation und schwächere Zunahme der Arbeitsplätze. Zuletzt stieg auch das Leistungsbilanzdefizit, Auslandskapital wurde abgezogen und der Wert der indischen Rupie brach kräftig ein (Asian Development Bank 2014).

Was war daran nun hausgemacht? Erstens setzten die indische Regierung und die Zentralbank die fiskalische Stimulierung und die geldpolitische Lockerung nach Eintreten der internationalen Finanz-

krise zu lange fort. Zusammen mit der Ausweitung des neuen Beschäftigungsprogramms, der teilweisen Entschuldung der Bauern und einer kräftigen Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst sorgte dies für einen heftigen Inflationsschub. Bei sinkenden Realzinsen veranlasste dies die Sparer zur Ausgabe ihrer Ersparnisse bzw. zur Hortung von Edelmetallen. Der Staatshaushalt geriet durch diese Entwicklungen und die nicht angepackte Kürzung der Subventionen (für Energie, Nahrungsmittel, Dünger) aus dem Lot. Das Defizit von Bund und Staaten stieg wieder auf 7,5 Prozent des BIPs in den Fiskal-jahren 2011 und 2012. Bedingt durch die Inflation, einen gewissen Lohndruck durch das ländliche Beschäftigungsprogramm und später wieder anziehende Kreditzinsen fiel die Profitrate der Unternehmen deutlich. Dazu kamen politisch bedingte Verzögerungen von Investitionsvorhaben, teils wegen extrem langsamer Klärung der Umwelt- und Betriebsauflagen und des Landerwerbs für neue Anlagen, teils wegen Lieferengpässen beim wenig dynamischen staatlichen Kohlebetrieb, schließlich auch durch Verdrängung privater Investitionen durch das hohe staatliche Defizit (Kapur und Mohan 2014; Morgan Stanley Research 2014). Die Regierung erwies sich als weitgehend reformunfähig, kam viel zu spät mit zögerlichen Schritten (Zusatzzölle auf die Goldeinfuhr, Erleichterung für ausländische Investitionen und die Geldanlagen von Auslandsindern etc.), die zwar eine leichte wirtschaftliche Kehrtwende herbeiführten (das Wachstum legte wieder zu, Auslandskapital kehrte zurück, der Wertverfall der Rupie steigerte die Exporte); der Umschwung geschah aber zu spät, erst ab Ende des Jahres 2013, als dass er wahlpolitisch noch größere Wirkung hätte entfalten können.

Neben der schlechten wirtschaftlichen Lage war vor allem das Problem der Korruption für die deutliche Wahlniederlage der Kongresspartei verantwortlich. Während der letzten Legislaturperiode, also zwischen den Jahren 2009 und 2014, kam es zu einer Reihe massiver Korruptionsskandale, in die auch hohe Politiker verwickelt waren (Neff und Schöttli 2011). Dabei ging es unter anderem um die Vergabe von Lizenzen im Telekommunikationssektor und beim Kohleabbau, sowie um die Vorbereitung der Commonwealth-Spiele in Delhi im Jahr 2010. Obwohl Premierminister Manmohan Singh keineswegs als korrupt gilt, schaffte es seine Regierung nicht, auf diese Korruptionsfälle angemessen zu reagieren und weckte bei den Wäh-

lern deshalb eher den Eindruck, ein Sachwalter der Korruption zu sein.

Im Jahr 2011 rief der Bürgerrechtler Anna Hazare eine Protestbewegung ins Leben, die ein neues Antikorruptionsgesetz forderte und innerhalb kurzer Zeit in vielen Großstädten breite Unterstützung fand. Hierdurch wurde in der Bevölkerung, vor allem in der urbanen Mittelklasse, ein völlig neues Bewusstsein für das Problem der Korruption geweckt, das auch zur Entstehung einer neuen Antikorruptionspartei, der Aam Admi Party (AAP) führte. Diese konnte allerdings bei der Parlamentswahl nur 4 Wahlbezirke im Punjab gewinnen und keinen der 7 Wahlbezirke der Hauptstadt Neu-Delhi, obwohl sie bei den dortigen Regionalwahlen im Jahr 2013 in 28 von 70 Wahlkreisen gewonnen hatte. Der dynastische Charakter der Kongresspartei und die Schwäche von Rahul Gandhi, der noch nicht einmal von der eigenen Partei zum Kandidaten für den Premierministerposten ernannt wurde und dadurch als „nicht Kandidat“ auftrat, dürften ebenfalls für das katastrophale Wahlergebnis des Kongresses eine wichtige Rolle gespielt haben. Die älteste Partei Indiens braucht dringend eine Erneuerung, wenn sie zukünftig in der politischen Landschaft noch eine Rolle spielen will.

Welche Aufgaben warten auf die neue Regierung?

Nach dem eindeutigen Wahlsieg Modis sind die Erwartungen an seine Regierung enorm. Die Wirtschaftspolitik wird dabei der Bereich sein, in dem zuerst Reformen und Erfolge erwartet werden. Während des Wahlkampfes verbanden Unternehmensführer mit dem eventuellen Wahlsieg Narendra Modis die Hoffnung, er könne sein Erfolgsmodell Gujarat auf ganz Indien übertragen, und dadurch dem Land zu gebührender Stärke verhelfen und für rasche Reformen sorgen. Die Aktienkurse begannen schon bei den einlaufenden Prognosen zu seinem Wahlsieg kräftig zu steigen (hatten aber auch schon vorher zugelegt), im ganzen Lande herrschte Aufbruchseuphorie. Diese könnte sich freilich bald abkühlen, da die sich an Modi und seine Partei knüpfenden Hoffnungen völlig überzogen sind. Zunächst einmal glänzt das Modell Gujarat weniger als es scheint; es gibt in Indien dazu eine lebhaft politische Debatte, die zeigt, dass Gujarat auch kein schnelleres Wachstum aufwies als die anderen prosperierenden in-

dischen Unionsstaaten und dass sich die sozialen Indikatoren (für Bildung oder Gesundheit) und die Armutsreduktion in Gujarat eher unterproportional entwickelten (z.B. Marjit 2014). Das Modell hat also eine deutlich unternehmerfreundliche Schlagseite, zudem stieg die öffentliche Verschuldung auf beachtliche Werte.

Dem Wahlprogramm der BJP kann man wenig Erhellendes zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der neuen Regierung entnehmen – außer, dass alles schneller, effizienter und korruptionsfreier geschehen soll. Konkrete Rezepte finden sich wenige, mit Ausnahme der flächendeckenden Informativierung und verstaubt anmutender Vorhaben zum Horten von Nahrungsmitteln und zu deren Preisstabilisierung (Wahlmanifest der BJP von 2014). Zu den vielen Reformbaustellen, die die neue Regierung in Angriff nehmen muss, zählen die Bereinigung des öffentlichen Investitionsstaus, die dauerhafte Verringerung des Haushaltsdefizits auch durch Kürzung wenig armenfreundlicher Subventionen, die Einführung einer landesweit einheitlichen Mehrwertsteuer, die Dynamisierung des staatswirtschaftlichen Energiesektors, die Durchführung des antiquierten, beschäftigungsfeindlichen Arbeitsrechts und die Befreiung der Unternehmen von übermäßigen Auflagen (Morgan Stanley Research 2014). Bei der Armutsbekämpfung und der Entwicklung ländlicher Regionen ist zunächst davon auszugehen, dass es ein gewisses Maß an Kontinuität gegenüber der UPA-Regierung geben wird. Diese hatte in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Programmen ins Leben gerufen, die zu verbesserten Lebensbedingungen beigetragen haben.

Es ist bisher schwer abzusehen, wie sich die neue Regierung in außen- und sicherheitspolitischen Fragen positionieren wird. Einerseits hat Modi wiederholt das Primat wirtschaftlicher Interessen und Entwicklung betont. Obwohl die USA ihm aufgrund seiner möglichen Rolle in der interreligiösen Gewalt in Gujarat ein Visum verweigerten, äußerte er sich im Wahlkampf bewusst nicht negativ über Washington. Als Ministerpräsident von Gujarat trieb er die Wirtschaftsbeziehungen zu Japan und China voran. Gleichzeitig betonte Modi, dass Indien eine effektivere und stärkere Außenpolitik sowie eine verbesserte Verteidigungsinfrastruktur brauche. Im Umgang mit China sprach er deutlich den mit Indien bestehenden Grenzkonflikt an und forderte Beijing explizit auf, sein „expansionistisches“ Verhalten abzulegen (Madan 2014).

Mit besonderer Sorge wird weltweit Modis Haltung zu Pakistan beobachtet. Unter der BJP-geführten Regierung von Premierminister Vajpayee (1998-2004) standen Indien und Pakistan einerseits am Rande eines Krieges, andererseits wurde in dieser Zeit der sogenannte „Verbunddialog“, der am weitesten reichende Versuch der Beilegung bilateraler Spannungen zwischen den zwei Ländern, ins Leben gerufen. Von Modi ist zwar kein aggressives Verhalten gegenüber Pakistan zu erwarten. Im Fall eines erneuten, aus Pakistan gesteuerten Terroranschlags wie jenem von Mumbai im Jahr 2008 könnte sich die neue Regierung jedoch gezwungen sehen, Stärke zu zeigen. Außerdem zeigen die Wahlkampfdebatten über eine mögliche Revision der bisher gültigen Doktrin, die einen nuklearen Erstschlag ausschließt, dass viele Hardliner in Modis Umfeld agieren. Allgemein ist davon auszugehen, dass die neue Regierung eher in der Lage sein wird, ihre außenpolitischen Vorhaben durchzusetzen – im Gegensatz zur UPA-Regierung, die sich v.a. in ihrer Politik gegenüber Nachbarstaaten wie Sri Lanka und Bangladesch von kleineren Koalitionspartnern erpressen ließ und dadurch keinen kohärenten Kurs verfolgte. Gleichzeitig sollte der Handlungsspielraum Modis in der Außenpolitik nicht überschätzt werden. Er möchte zwar das Außenministerium reformieren, wird aber trotzdem mit einer etablierten Bürokratie arbeiten müssen, die über Jahrzehnte ein hohes Maß an Kontinuität in der Außenpolitik gewahrt hat.

Dank ihrer stabilen Mehrheit wird die neue Regierung viele der bevorstehenden Aufgaben leichter anpacken als ihre Vorgängerin. Für die Bewältigung anderer (v.a. in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft und Arbeitsrecht) braucht sie aber die Zustimmung der Unionsstaaten, in denen andere Parteien regieren, oder zumindest deren tätige Mithilfe. Allgemein besteht bei extrem hohen Erwartungen nach einem so deutlichen Wahlsieg die Gefahr einer schnellen Entzauerung des Siegers. Die größte Herausforderung Modis wird es jedoch sein, eine Balance zwischen den Forderungen hindunationalistischer Gruppen und der Wahrung des sozialen Friedens und der Rechte der Minderheiten zu halten. Letzteren und der besorgten Weltöffentlichkeit muss Modi längerfristig zeigen, dass sein Hindu-Nationalismus die säkulare Identität Indiens nicht gefährdet und die Gesellschaft nicht weiterhin polarisiert. Sonst führt der Aufbruch in eine Sackgasse.

Literatur

- Asian Development Bank (2014), *Asian Development Outlook 2014*, Manila: ADB.
- Betz, Joachim (2006), Die Institutionalisierung indischer Parteien, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 47,4, 618-640.
- ECI (2014), *State wise Turnout for General Election – 2014*, online: <http://eci.nic.in/eci_main1/GE2014/RptSTATE_WISE_TURNOUT.htm> (19. Mai 2014).
- Economic Times* (2014), Narendra Modi's Victory Speech, online: <<http://economictimes.indiatimes.com/news/politics-and-nation/narendra-modis-victory-speech-government-is-for-the-people-time-to-live-for-the-nation/articleshow/35216767.cms>> (20. Mai 2014).
- Jaffrelot, Christophe (1998), *The Hindu Nationalist Movement in India*, New York: Columbia University Press.
- Kapur, Munesh, und Rakesh Mohan (2014), *India's Recent Macroeconomic Performance: An Assessment and Way Forward*, IMF Working Paper, 68, Washington, DC: IMF.
- Madan, Tanvi (2014), *A Modi Foreign Policy: The Knowns and Unknowns*, Washington, DC: Brookings.
- Marjit, Sugata (2014), On UPA vs NDA; Gujarat vs Rest of India: Myth and Reality, in: *Economic and Political Weekly*, XLIX, 18, 82-83.
- Morgan Stanley Research (2014), *India Economics. Five Key Reforms to Fix India's Growth Problem*, New York: Morgan Stanley.
- Neff, Daniel (2012), *Indiens demografische Dividende und die Herausforderungen an die Wirtschaftspolitik*, GIGA Focus Asien, 6, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.
- Neff, Daniel, und Jivanta Schöttli (2011), *Korruption in Indien – Anzeichen für einen Wandel zum Besseren?*, GIGA Focus Asien, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.
- Sastry, Trilochan (2014), Towards Decriminalisation of Elections and Politics, in: *Economic and Political Weekly*, XLIX, 1, 34-41.

■ Die Autoren

Prof. Dr. Joachim Betz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter (Senior Research Fellow) am GIGA Institut für Asien-Studien und Mitglied in den Forschungsschwerpunkten 3 und 4.

E-Mail: <joachim.betz@giga-hamburg.de>, Website: <www.giga-hamburg.de/team/betz>

Dr. Sandra Destradi ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Asien-Studien und Mitglied in den Forschungsschwerpunkten 2 und 4.

E-Mail: <sandra.destradi@giga-hamburg.de>, Website: <www.giga-hamburg.de/team/destradi>

Dr. Daniel Neff ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Asien-Studien und Mitglied im Forschungsschwerpunkt 3.

E-Mail: <daniel.neff@giga-hamburg.de>, Website: <www.giga-hamburg.de/team/neff>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Der Forschungsschwerpunkt 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“ untersucht unter anderem den Aufstieg sogenannter „neuer Regionalmächte“ wie Indien. Im Forschungsschwerpunkt 3 „Sozioökonomische Herausforderungen in der Globalisierung“ werden unter anderem Probleme der Armut und Verwundbarkeit untersucht.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Betz, Joachim (2012), Anhaltender wirtschaftlicher und politischer Aufstieg Indiens?, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 5, 2, 215-227.

Betz, Joachim (2006), Die Institutionalisierung indischer Parteien, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 47, 4, 618-640.

Destradi, Sandra (2013), Tiger oder Kätzchen? Indiens außenpolitische Debatten zeugen von andauernder Selbstfindung, in: *Internationale Politik*, 68, 5, 93-99.

Destradi, Sandra (2011), *Indian Foreign and Security Policy in South Asia: Regional Power Strategies*, Abingdon und New York: Routledge.

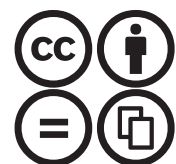
Maihack, Henrik, und Johannes Plagemann (2013), *Souveränität im Wandel: die Rolle der Bundesstaaten in der indischen Außenpolitik*, GIGA Focus Asien, 1, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.

Neff, Daniel (2012), *Indiens demografische Dividende und die Herausforderungen an die Wirtschaftspolitik*, GIGA Focus Asien, 6, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.

Neff, Daniel, und Jivanta Schöttli (2011), *Korruption in Indien – Anzeichen für einen Wandel zum Besseren?*, GIGA Focus Asien, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Asien wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortliche der Reihe: Hanspeter Mattes und Stephan Rosiny

Lektorat: Petra Brandt; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg